

01.05.2014 Datenschutz

# Datenschutz bei Abrechnung durch private Abrechnungsstelle

J. Heberer



Der Datenschutz hat gerade in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Die Öffentlichkeit wurde insbesondere auch durch die Medien hinsichtlich der Beachtung des Datenschutzes sensibilisiert. Dies hat vor allem auch Auswirkungen auf das Arzt-Patienten-Verhältnis, gerade im Hinblick auf die ärztliche Schweigepflicht. Von gesonderter Problematik ist hier die Abrechnung der ärztlichen Leistungen durch externe private Abrechnungsstellen. Da hierzu die Weitergabe der Patientendaten sowie der durch den Arzt erbrachten ärztlichen Leistungen und oftmals auch der gestellten Diagnose erfolgt, stellt sich die Frage, ob und in welchen Fällen dies zulässig ist.

## Die wichtigsten gesetzlichen Regelungen

### 1. § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB

Diese Vorschrift stellt den Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflicht unter Strafe. Hierin heißt es:

*„Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als Arzt anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, macht sich strafbar.“*

Gemäß Absatz 4 gilt dies auch über den Tod des Betroffenen hinaus.

Der Begriff des Geheimnisses meint Tatsachen, die sich bestehenden Lebensverhältnisse beziehen. Dies könne Patientennamen sein (vgl. Fischer T., Strafgesetzbuch, K Selbstverständlich fallen insbesondere Gesundheitsda

Unbefugt bedeutet ohne Einwilligung bzw. mutmaßlic Offenbarungspflicht.

## 2. § 9 Muster-Berufsordnung Ärzte (M

Auch berufsrechtlich ist die ärztliche Schweigepflicht i Absatz 1 über das, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Ä über den Tod der Patientin oder des Patienten hinaus - Aufzeichnungen über Patienten, Röntgenaufnahmen u

Absatz 2 legt berufsrechtlich eine Befugnis zur Offenb der Schweigepflicht entbunden worden ist oder soweit Rechtsgutes erforderlich ist. Unberührt hiervon bleibe Schweigepflicht durch gesetzliche Vorschriften einges

Zudem sieht Absatz 4 vor, dass für den Fall, dass mehr denselben Patienten untersuchen oder behandeln, sie sind, als das Einverständnis des Patienten vorliegt ode

## 3. Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Dem Bundesdatenschutzgesetz kommt für die Erhebu zu, dessen Vorschriften grundsätzlich von Jedermann i bestehen, die Geltung besitzen oder als Spezialvorschr insbesondere die Landesdatenschutzgesetze, die für K auch das SGB V für die vertragsärztliche Versorgung.

Personenbezogene Daten sind nach § 3 Abs. 1 BDSG Ei bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person, w

Besondere personenbezogene Daten sind nach § 3 Abs Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugun Sexualleben.

Nach § 4 Abs. 1 BDSG sind die Erhebung, Verarbeitung gesetzliche Rechtsgrundlage nach dem BDSG oder eine Betroffene hierzu seine Einwilligung erteilt hat. Dies gi personenbezogene Daten. Folglich setzt die Zulässigke eine gesetzliche Grundlage oder die Einwilligung des P

Die Einwilligung ist jedoch gemäß § 4a Abs. 1 BDSG nur auf der Grundlage der Aufklärung der Betroffenen beruht. Zudem bestehen hiernach Hinweise auf die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sowie, bei Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von Daten, auf die Verweigerung der Einwilligung. Die Einwilligung bei Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von Daten zusätzlich besonders hervorgehoben werden.

Soweit besondere Arten personenbezogener Daten im Spiel sein werden, muss sich die Einwilligung darüber hinaus ausdehnen.

§ 39 BDSG unterstellt die Verarbeitung oder Nutzung von besonderen Amtsgeheimnissen unterliegen und die von dem Arzt) in Ausübung ihrer Berufs- oder Amtspflicht zur Verfügung von der verantwortlichen Stelle nur für den Zweck der Verarbeitung oder Nutzung zu einem anderen Zweck verwendet werden darf, wenn ein besonderes Gesetz zugelassen ist.

## Rechtsprechung

### a. Privatpatienten

Für die Übermittlung, Verarbeitung, Nutzung und Speicherung von Daten an eine externe private Abrechnungsstelle benötigt der Arzt mangels gesetzlicher Grundlage zwingend eine ausdrückliche datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung (vgl. BGH, Urteil vom 17.08.2007 – I-16 U 209/05; BGH, Urteil vom 10.05.2011 – I-10 U 125/10). Ohne diese Einwilligung dürfen die Daten nicht an die Abrechnungsstelle weitergegeben werden. Ferner ist die Einwilligung zur Legitimation der Datenübermittlung an eine externe gewerbliche Abrechnungsstelle nur mit der Realisierung der Forderung zudem an diese zur Einziehung abgetreten.

Hinsichtlich des Zugriffs der externen Abrechnungsstelle auf die Daten der Privatliquidation anhand der Karteikarteneinträge ist die Rechtsprechung des Verfassers durchaus höchst problematisch.

Denn die Einwilligungserklärung des Patienten bezieht sich auf die Abrechnung erforderlich sind. Sofern durch die Einweisung der Abrechnungsstelle auch Daten zur Kenntnis genommen werden sind und hiermit nichts zu tun haben, ist dies aus Sicht des Verfassers der Einverständniserklärung des Patienten gedeckt. Allerdings müssen vor dem unbefugten Zugriff Dritter geschützt werden auch ein strafrechtlicher Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflichtentbindungs- und die Datenschutzerklärung informiert und willigt er ausdrücklich ein, so wäre dies

Eine wirksame Schweigepflichtentbindungserklärung :  
dass

- der Patient eine im Wesentlichen zutreffende Vorste
- er die Bedeutung und Tragweite seiner Entscheidung
- er deshalb wissen muss, aus welchem Anlass und m  
Schweigepflicht entbindet und
- er über Art und Umfang der Einschaltung Dritter (die  
wird (vgl. BGH, NJW 1992, 2348; ders. Urteil vom 10.

Dies bedeutet vor allem im Falle der Abtretung der For  
zweifelsfrei erkennen kann, wer Forderungsinhaber ist  
Forderungseinziehung und gegebenenfalls gerichtliche  
werden sowie, dass der Patient darauf hingewiesen wi  
Honorarforderung in einem folgenden Prozess gegenü  
möglicherweise Einzelheiten aus der Krankengeschich  
Urteil vom 10.10.2013 – III ZR 325/12).

Die datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung setzt  
gesetzlichen Anforderungen voraus, dass

- sie schriftlich abgegeben wird,
- sie für den Fall, dass sie zusammen mit anderen Erkl
- sie den Patientin auf den Zweck der Erhebung, Verar  
Einwilligung (dem Patienten sollte eine alternative I
- sie deutlich erkennen lässt, an welches gewerbliche  
(personenbezogene und/oder besondere personenb  
Behandlungsdokumente) übermittelt werden,
- der Patient erkennen kann, ob die Erklärung nur für  
der ärztlichen Vertragsbeziehung (vgl. Landesbeauftragt  
Westfalen, Übermittlung von Patientendaten an pri  
[http://www.lidi.nrw.de/mainmenu\\_Datenschutz/sul](http://www.lidi.nrw.de/mainmenu_Datenschutz/sul)  
und
- sie den deutlichen Hinweis enthält, dass die Einwilli  
Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

### b. GKV-Patienten

Für den vertragsärztlichen Bereich hat das BSG allerdings externe private Abrechnungsstellen grundsätzlich unzulässig. Wenn eine solche auch nicht entbehrlich wird durch eine schriftliche Datenweitergabe (vgl. BSG, Urteil vom 10.12.2008 – B 12/08).

Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des SGB I und des SGB V sind für die Leistungserbringer keine Anwendung, da diese Vorschriften dem Bundesgesetzgeber vorbehalten sind. Die Vorschriften des SGB V sind als Verwaltungsverfahren der Sozialleistungsträger regeln und nicht als datenschutzrechtliche Bestimmungen, die sich mit dem Schutz der Verarbeitung und Nutzung von Daten durch die KVen und die Krankenkassen (nahezu) keine Regelungen, die sich mit der Weitergabe von Daten an Dritte (den im SGB V gesetzlich normierten oder als selbstverständlichen Empfänger der Daten im SGB V zwischen Vertragsarzt-KV-Krankenkasse) sei deshalb nicht als datenschutzrechtliche ausdrücklichen gesetzlichen Grundlage beruhe. Die im SGB V hinsichtlich der Einschaltung Dritter in den Datenfluss und die Weitergabe davon ausgegangen werde, dass die Krankenkassen bzw. die Vertragsärzte als Nutzer der von den Vertragsärzten weiterzugebenden Daten die Weitergabe an externe Abrechnungsstellen bedürfte es insoweit nicht als datenschutzrechtliche den für KV und Kassen entsprächen, welche allerdings im SGB V (B. § 300 Abs. 2 Satz 2 und 3 SGB V) würden hingegen bei der Weitergabe angemessenen datenschutzrechtlichen Beschränkung der Weitergabe von Gesundheitsdaten nach der Konzeption des SGB V auf der Grundlage des SGB V subsidiären Vorschriften des BDSG können nur dann in denen die Vorschriften des SGB V ausdrücklich hierauf beschränkt. Der Geltungsbereich als abschließend zu verstehende bereichsspezifische ergänzende Anwendung des BDSG verbieten. Folglich ist die Weiterverarbeitung durch externe Abrechnungsstellen der Rückerstattung der Ermächtigungsgrundlage weder direkt noch analog in den Vorschriften an anderen Stellen eine Normierung der Zulässigkeit einer Weitergabe der Leistungserbringer gerade für erforderlich angesehen und nicht als datenschutzrechtliche KHEntgG, §§ 73 Abs. 1b Satz 1 und 2, 137f Abs. 3 Satz 2, 138 Abs. 1 Satz 1, der Begründung des BSG für alle Personen und Institutionen, die eine Leistungserbringen (solange keine abweichende Gesetzesvorschriften vorliegen) vertragsärztlichen Versorgung insoweit unmaßgeblich, da die Vorschriften in den Vorschriften über besondere Versorgungsformen und die Weitergabe dieselben Grundsätze gelten. Damit verbundene abrechnungsrechtliche Abrechnungsstellen seien zumutbar und im Übrigen zu berücksichtigen (O.).

## Exkurs: Minderjährige

Bei minderjährigen Patienten gelten nach Auffassung  
Aufklärung von Minderjährigen. Die Schweigepflichter  
dem Patienten zu erteilen.

Minderjährige können dann die vorgenannten Erklärungen einwilligungsfähig sind, d. h. sie eine im Wesentlichen die Bedeutung und Tragweite ihrer Entscheidung zu verstehen zwischen 14 und 18 Jahren in der Regel anzunehmen (Einsichtsfähigkeit hat dennoch stets in jedem Einzelfall die Schweigepflichtentbindungs- und die Datenschutz der Eltern, die als Versicherte die Rechnung erhalten, was Erklärungen nach Meinung des Verfassers unterschreiben

Nachdem bei Minderjährigen unter 14 Jahren die Einsicht des Verfassers zwingend, die Erklärungen von den

## Rechtsfolgen bei Verstoß

Die Erfüllung des Straftatbestandes des § 203 Abs.1 StGB Geldstrafe als Bestrafung vor.

Aus dem BDSG ergibt sich zum einen, dass nach § 6 Abs. 1 BDSG die Löschung oder Sperrung seiner Daten hat und dieses Recht beschränkt werden kann.

Zum anderen normiert § 7 BDSG eine Schadensersatzpflicht bei einer nach dem BDSG oder nach anderen Vorschriften Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner personenbezogenen Schaden zugefügt wird. Bei Beachtung der gebotenen Sorgfalt jedoch entfallen.

Überdies sieht das BDSG sowohl für einige Verstöße gegen § 28 Abs. 5 Satz 2 BDSG personbezogene Daten, wenn vorsätzlich oder fahrlässig unbefugt personenbezogene Daten erhoben oder verarbeitet werden (Abs. 2).

Absatz 3 sieht für Ordnungswidrigkeiten im Fall des Abs. 2 Fälligkeit des Absatzes 2 eine Geldbuße bis zu dreihundert Euro, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat. Absatz 3 Satz 3 überschritten werden können, wenn sie

Des Weiteren wird in § 44 BDSG ein Straftatbestand gegen die Handlung gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen Dritten zu begangen wird. Hier droht eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Stellung eines Strafantrages verfolgt.

Bei einem Verstoß gegen die berufsrechtliche Vorschriften oder auch mit der Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens in den Heilberufe-Kammergesetzen der jeweiligen Bundesländer

In diesem Zusammenhang darf der Verfasser darauf hinweisen, dass die Bundesvereinigung „Empfehlungen zu ärztlicher Schweigepflicht in der Arztpraxis“ herausgegeben haben, die unter [www.bundesaerztekammer.de/downloads/Empfehlungen zu ärztlicher Schweigepflicht in der Arztpraxis](http://www.bundesaerztekammer.de/downloads/Empfehlungen_zu_aerztlicher_Schweigepflicht_in_der_Arztpraxis.pdf) heruntergeladen werden können. Dieser Empfehlung ist die Aufrechterhaltung eines angemessenen IT-Sicherheitsniveaus als Leitfaden für Ärzte zu den Anforderungen an Hard- und Software unter [www.kbv.de/25718.html](http://www.kbv.de/25718.html) eingesehen werden kann.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass bei Nichteinhaltung der Schweigepflicht ein Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflicht dem Arzt zuzurechnen ist.

*Heberer J. Datenschutz bei Abrechnung durch private Krankenkassen. 06\_01.*

## Autor des Artikels



### **Dr. jur. Jörg Heberer**

Justitiar des BDC, Rechtsanwalt und Fachanwalt für  
Medizinrecht

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Heberer & Kollegen

[> kontaktieren](#)